

Satzung
des Kleingartenvereins „Am Fuchsberg“ e.V.
Berlin Marzahn — Hellersdorf
Alfelder Straße 60

§1

Name, Sitz und Geltungsbereich

1. Der Verein führt den Namen Kleingartenverein „Am Fuchsberg e.V.“
2. Der Verein hat seinen Sitz in Berlin. Er ist gemäß § 55 des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) unter dem in Punkt 1 genannten Namen mit der Nummer 13110 im Vereinsregister des Amtsgerichtes Berlin Charlottenburg eingetragen.
3. Der Verein ist Mitglied des Bezirksverbandes Berlin-- Marzahn der Gartenfreunde e. V. mit Sitz in Berlin.
4. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der Gemeinnützigkeitsvorschriften der §§ 51 - 68 der Abgabenordnung (AO) sowie im Sinne des Kleingartenrechtes (Bundeskleingartengesetz). Der Verein erstrebt den Zusammenschluss aller Pächter in der Kleingartenanlage. Er setzt sich für die Förderung, Ausgestaltung und Erhaltung der Kleingartenanlage ein. Der Verein verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

§ 2

Vereinszweck / Gemeinnützigkeit

1. Der Verein erstrebt keinen Gewinn.
2. Die Mittel des Vereines dürfen nur für satzungsmäßige Zwecke verwendet werden. Keine Person darf durch Ausgaben, die dem Satzungszweck fremd sind, oder unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.
3. Das Vereinsvermögen ist unteilbar.
4. Der Verein verfolgt das Ziel:
 - Die persönlichen und gemeinschaftlichen Interessen der Mitglieder bei der Gestaltung ihrer Anlage sowie einer ökologisch orientierten Tätigkeit in den Kleingärten zu fördern.
 - Das sich die Kleingartenanlage sinnvoll und harmonisch in das Wohngebiet einordnet und ihrer Funktion als Naherholungsgebiet gerecht wird.
 - Den Schutz der Natur und der Umwelt zu sichern.
 - Die Kleingartenanlage und deren Umfeld zu schützen und zu pflegen.

§ 3

Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§4

Mitgliedschaft im Verein

1. Mitglied des Vereins kann jede natürliche Person werden, wie auch eine juristische Person des öffentlichen oder privaten Rechts.

Der Aufnahmeantrag ist schriftlich zu stellen. Darüber entscheidet der Vorstand.

Bei Aufnahme als Mitglied im Verein ist durch den Antragsteller eine Aufnahmegebühr zu entrichten. Die Höhe der Gebühr wird durch die Mitgliederversammlung beschlossen.

2. Die Mitgliedschaft endet

- a) mit dem Tod (natürliche Person) oder der Auflösung oder Erlöschen (juristische Person) des Mitglieds,
- b) durch Austritt,
- c) durch Ausschluss aus dem Verein.

Der Austritt muss schriftlich gegenüber dem vertretungsberechtigten Vorstandsmitglied erklärt werden. Er ist nur unter Einhaltung einer Frist von drei Monaten zum Ende eines Kalenderjahres möglich.

Ein Mitglied kann aus dem Verein ausgeschlossen werden, wenn es in schwerwiegender Weise gegen die Interessen und die Satzung des Vereins verstoßen hat.

Über den Ausschluss entscheidet auf Antrag des Vorstandes die Mitgliederversammlung mit 2/3 Mehrheit.

Der Vorstand hat dem betroffenen Mitglied mindestens zwei Wochen vor der Mitgliederversammlung den Ausschlussantrag mit Begründung in Abschrift zu übersenden. Eine schriftliche Stellungnahme des betroffenen Mitglieds ist der Mitgliederversammlung durch deren Verlesung zur Kenntnis zu bringen.

Der Ausschlussbeschluss wird dem Mitglied durch den Vorstand schriftlich mitgeteilt und wird mit dem Zugang wirksam.

Bei Beendigung der Mitgliedschaft besteht kein Anspruch auf einen Anteil am Vereinsvermögen sowie die Nutzung vereinseigener Anlagen.

§5

Rechte und Pflichten der Mitglieder

1. Die Mitglieder des Vereines erkennen die Satzung und die Beschlüsse der Mitgliederversammlung an und setzen sich bei Wahrung ihrer Selbständigkeit für ihre Durchsetzung ein. Sie sind verpflichtet, die Ziele des Vereines nach besten Kräften zu fördern und das Vereinseigentum schonend und fürsorglich zu behandeln.

2. Die Mitglieder des Vereins haben das Recht, sich in allen Fragen und Angelegenheiten, die Zweck und Aufgaben des Vereines betreffen, zu äußern und zur Willensbildung beizutragen. Den Vorstand und der Mitgliederversammlung Anträge zu unterbreiten. Sie sind berechtigt und verpflichtet, an allen Veranstaltungen des Vereines teilzunehmen.
3. Sie haben die Pflicht sich an den Gemeinschaftsleistungen für die Kleingartenanlage zu beteiligen. Die Anzahl der zu leistenden Arbeitsstunden sowie die Höhe der finanziellen Ersatzleistungen bei nicht geleisteten Arbeitsstunden werden durch die Mitgliederversammlung beschlossen.
4. Der Nachweis über geleistete gemeinnützige Arbeitsstunden muss von einem Vorstandsmitglied bestätigt sein.
5. Veränderungen der Anschrift und Telefonnummer sind dem Vorstand mitzuteilen.
6. Abzuführende Mitglieds- / Verwaltungsbeiträge und Umlagen werden durch Beschluss der Mitgliederversammlung festgelegt.
7. Jedes Mitglied ist verpflichtet, den Jahresbeitrag zusammen mit sonstigen Leistungen (Pacht, Wasser, Elektroenergie, Müllabfuhr, nicht erbrachte Arbeitsleistungen, Umlagen, Verwaltungsgebühren an den Bezirksverband (Zwischenpächter) und sonstige durch die Mitgliederversammlung beschlossene geldliche Leistungen) in einem Betrag pünktlich zu begleichen.
8. Die Rechnungen für ein Geschäftsjahr haben die Mitglieder in voller Höhe (ohne Abzüge) spätestens innerhalb 4 Wochen nach Zustellung der Rechnung zu begleichen. Es gilt der Poststempel.
9. Wird nach dem Fälligkeitstermin gemahnt, ist eine Mahngebühr in Höhe von 3 % des Rechnungsbetrages zuzüglich Portos zu bezahlen. Für den Nachweis des Zugangs der Mahnung genügt der Nachweis der Absendung an die letzte dem Verein bekannte Adresse.
10. Jedes Mitglied ist verpflichtet, bis zum 31. August eines jeden Jahres (entsprechend der Aushänge) die Zählerstände zur Ermittlung des Wasser- und Elektroenergieverbrauches von einem Beauftragten des Vorstandes ablesen zu lassen.

§6

Ehrenmitglieder

Zum Ehrenmitglied dürfen nur Personen ernannt werden, die sich um das Kleingartenwesen im Allgemeinen oder um den Kleingartenverein "Am Fuchsberg e. V." besonders verdient gemacht haben. Die Ernennung geschieht durch die Mitgliederversammlung mit einfacher Stimmenmehrheit.

§7

Organe des Vereines

- a) die Mitgliederversammlung
- b) der Vorstand
- c) der erweiterte Vorstand
- d) Kassenprüfungskommission

a) Mitgliederversammlung

- Mindestens einmal im Jahr, möglichst im 1. Halbjahr, hat eine ordentliche Mitgliederversammlung stattzufinden. Sie wird vom Vorstand mit einer Frist von drei Wochen unter Angabe der Tagesordnung durch Aushang in den Schaukästen oder durch schriftliche Einladung an die zuletzt dem Verein bekannte Mitgliedsadresse einberufen. Das Einladungsschreiben gilt als zugegangen, wenn es an die letzte vom Vereinsmitglied bekannt gegebene Adresse gerichtet wurde.
- Die Tagesordnung ist zu ergänzen, wenn dies ein Mitglied bis spätestens eine Woche vor dem angesetzten Termin schriftlich verlangt und begründet. Die Ergänzung ist zu Beginn der Versammlung bekannt zu machen.
- Außerordentliche Mitgliederversammlungen kann der Vereinsvorstand einberufen. Der Vorstand ist hierzu verpflichtet, wenn 1/3 der Vereinsmitglieder die Einberufung schriftlich unter Angabe der Gründe beantragt.
- Die Mitgliederversammlung ist beschlussfähig, wenn sie ordnungsgemäß einberufen wurde.
- Die Beschlussfassung erfolgt in geheimer Abstimmung, soweit 1/4 der anwesenden Mitglieder dies beantragt
- Beschlüsse der Mitgliederversammlung werden mit einfacher Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen gefasst, Stimmenthaltungen bleiben außer Betracht.
- Satzungsänderungen bedürfen einer $\frac{3}{4}$ Mehrheit der anwesenden Mitglieder. Hierbei kommt es auf die abgegebenen gültigen Stimmen an. Für die Änderung des Vereinszwecks ist die Zustimmung aller Mitglieder erforderlich.
- Anträge zur Mitgliederversammlung sind spätestens eine Woche vor der Versammlung schriftlich an den Vorsitzenden einzureichen.

Die Aufgaben der Mitgliederversammlung sind:

1. Entgegennahme des Geschäftsberichts des Vorstandes, des Kassenberichts des Kassierers und des Jahresabschlussberichtes der Kassenprüfungskommission.
2. Beschlussfassung über den Haushaltsplan für das laufende Geschäftsjahr.
3. Entlastung des Vorstandes
4. Wahl des Vorstandes, der Delegierten, der Kassenprüfer und anderer Funktionsträger außerhalb des Vorstandes.
5. Wenn erforderlich, Festsetzung des Beitrages eventueller Umlagen und sonstiger Leistungen (z.B. Aufwandsentschädigungen für den Vorstand).
6. Endgültige Beschlussfassung über den Ausschluss eines Mitgliedes
7. Beschlussfassung über eingegangene Anträge.
8. Satzungsänderungen.
9. Ernennung von Ehrenmitgliedern

Über die Mitgliederversammlung ist eine Niederschrift anzufertigen und vom Vorsitzenden und dem Schriftführer zu unterzeichnen.

b) Der Vorstand im Sinne des § 26 BGB besteht aus:

- dem Vorsitzenden,
- den zwei stellvertretenden Vorsitzenden,
- dem Kassierer,
- dem stellvertretenden Kassierer,
- dem Schriftführer,
- dem stellvertretenden Schriftführer
- dem Gartenfachberater
- dem Beisitzer für Ökologie und Umwelt
- zwei Beisitzern aus dem Bereich Immergrün

Jeweils zwei Vorstandsmitglieder vertreten den Verein gemeinschaftlich. Im Innenverhältnis wird bestimmt, dass die weiteren vertretungsberechtigten Vorstandsmitglieder ihre Vertretungsbefugnis nur ausführen dürfen, wenn der Vorsitzende oder der stellvertretende Vorsitzende verhindert sind. Im Rahmen der Durchführung des Onlinebankings sind der Vorsitzende und der/die Kassierer/in unter Beachtung der Finanzordnung des Vereins (§ 4 Buchführung) alleinvertretungsberechtigt. Der Vorstand tritt monatlich zusammen.

1. Zu den Aufgaben des Vorstandes gehören

Der Vorstand ist für alle Angelegenheiten des Vereines zuständig, soweit sie nicht einem anderen Organe durch Satzung zugewiesen sind.

- Führung der laufenden Geschäfte,
- Vorbereitung und Einberufung der Mitgliederversammlung sowie Aufstellung der Tagesordnung,
- Ausführung von Beschlüssen der Mitgliederversammlung,
- Vorbereitung eines etwaigen Haushaltsplans, Buchführung, Erstellung des Jahresberichts, Vorlage der Jahresplanung,
- Beschlussfassung über Aufnahmeanträge und Ausschlüsse von Mitgliedern, Geschäftsführungsaufgaben nach Satzung und gesetzlicher Ermächtigung.
- Der Vorstand wird ermächtigt, Satzungsänderungen, die vom Registergericht zur Wahrung der Eintragungsfähigkeit oder vom Finanzamt zur Erhaltung der Eintragungsfähigkeit verlangt werden zu beschließen. Die Mitglieder des Vereins sind über derartige Satzungsänderungen unverzüglich nach der Eintragung in das Vereinsregister zu informieren.

2. Wahl des Vorstandes

Der Vorstand wird von der Mitgliederversammlung gewählt. Vorstandsmitglieder können nur Mitglieder des Vereins werden. Die Mitglieder des Vorstandes werden für die Zeit von 3 Jahren gewählt. Ein Vorstandsmitglied bleibt bis zu einer Neuwahl im Amt. Bei vorzeitigem Ausscheiden eines Vorstandsmitgliedes bestimmt der Gesamtvorstand ein Ersatz-Vorstandsmitglied bis zur nächsten Mitgliederversammlung.

Mit Beendigung der Mitgliedschaft im Verein endet auch das Amt als Vorstandsmitglied. Seine Tätigkeit ist ehrenamtlich und darf nur auf die Erreichung der satzungsgemäßen Ziele des Vereines gerichtet sein.

3. Vorstandssitzungen

Der Vorstand ist in seinen Sitzungen beschlussfähig, wenn alle Mitglieder eingeladen und mindestens vier Mitglieder, darunter der Vorsitzende oder der stellvertretende Vorsitzende, anwesend sind.

Die Einladung erfolgt durch den Vorsitzenden oder bei dessen Verhinderung durch den stellvertretenden Vorsitzenden - . auch in Eilfällen - spätestens eine Woche vor der Sitzung. Der Mitteilung einer Tagesordnung bedarf es nicht.

Der Vorstand beschließt mit einfacher Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden oder bei dessen Abwesenheit die des stellvertretenden Vorsitzenden. Von jeder Sitzung ist ein Protokoll zu fertigen. Die Beschlüsse sind in ein Protokollbuch einzutragen und vom Sitzungsleiter zu unterschreiben. Die Eintragungen müssen enthalten:

- Ort und Zeit der Sitzung,
- die Namen der Teilnehmer und des Sitzungsleiters, - die gefassten Beschlüsse und die Abstimmungsergebnisse.

c) Erweiterter Vorstand

Der erweiterte Vorstand besteht aus:

- dem Vorstand,
- den Beauftragten für Wasser- und Energieversorgung,
- den Wegeverantwortlichen,
- den Delegierten zum Verbandstag des Bezirksverbandes,
- dem Beauftragten für Pächterwechsel

Die Wegeverantwortlichen werden von den Mitgliedern, die an demselben Weg ihren Garten haben, gewählt oder vom Vorstand ernannt. Sie können sich bei den Sitzungen des erweiterten Vorstandes durch ihren Stellvertreter vertreten lassen.

- Der Gartenfachberater wird von der Mitgliederversammlung berufen.
- Die Delegierten zum Verbandstag des Bezirksverbandes werden von der Mitgliederversammlung gewählt
- Sitzungen des erweiterten Vorstandes werden mindestens halbjährlich vom Vorsitzenden 2 Wochen vor der Sitzung unter Angabe der Tagesordnung einberufen. Die Sitzungen werden vom Vorsitzenden geleitet. Eine Sitzung ist auch auf Verlangen der Hälfte aller Mitglieder des erweiterten Vorstandes binnen zwei Wochen abzuhalten.
- Der erweiterte Vorstand hat den Vorstand bei der Geschäftsführung und bei sonstigen Vereinsaufgaben zu unterstützen und in Fragen von grundsätzlicher Bedeutung zu

beraten. Der erweiterte Vorstand nimmt in seinen Sitzungen den Bericht des Vorsitzenden über dessen Sitzungen sowie über die laufenden, die geplanten und die abgeschlossenen Angelegenheiten entgegen. Er fasst keine Beschlüsse.

- Über die Sitzungen des erweiterten Vorstandes ist ein Kurzgefasstes Protokoll anzufertigen und vom Protokollführer zu unterzeichnen.
- Einwände gegen die Fassung der Niederschrift können in der nächsten Sitzung vorgebracht werden.

§8

Kassenprüfungskommission des Vereines

- Die Kassenprüfungskommission wird durch die Mitglieder des Vereines für die Dauer von 3 (drei) Jahren gewählt. Eine Wiederwahl ist zulässig. Sie soll mindestens aus drei Mitgliedern bestehen und bestimmt aus ihrer Mitte den Vorsitzenden.
- Die Mitglieder der Kassenprüfungskommission unterliegen keiner Weisung oder Beaufsichtigung durch den Vorstand.
- Mitglieder der Kassenprüfungskommission dürfen nicht Mitglied des Vorstandes oder des erweiterten Vorstandes sein.
- Die Kassenprüfungskommission prüft regelmäßig die Kassenführung und das Belegwesen. Nach Ablauf des Geschäftsjahres erfolgt eine finanzielle Gesamtprüfung. Der Prüfungsbericht ist als Anlage dem Protokoll der Mitgliederversammlung beizufügen.
- Prüfungsberichte über durchgeführte Prüfungen innerhalb des Geschäftsjahres sind dem Vorstand zu übergeben.
- Die Kassenprüfungskommission beantragt auf der Mitgliederversammlung, den Vorstand Entlastung für das vorangegangene Geschäftsjahr zu erteilen.

§9

Finanzielle Mittel des Vereines

1. Der Verein finanziert sich aus

- a) Mitglieds- / Verwaltungsbeiträgen
- b) Umlagen
- c) Einnahmen aus gemeinnützigen Veranstaltungen und Verwaltungstätigkeit
- d) Zuwendungen, Spenden, Stiftungen und Erbschaften
- e) Finanziellen Ersatzleistungen für nicht geleistete Arbeitsstunden für Gemeinschaftsarbeit

2. Die Finanzen sind durch den Kassierer zu verwalten. Die finanziellen Mittel sind durch ein ordnungsgemäßes Belegwesen zu führen und revisionsbeständig nachzuweisen.
3. Der Verein haftet nur mit seinem Vermögen gemäß § 61 der Abgabenordnung (AO)
4. Der Vorstand und die weiteren Funktionäre des Vereins sind grundsätzlich ehrenamtlich tätig. Sie können im Rahmen der haushaltsrechtlichen Möglichkeiten des Vereins eine Ehrenamtszuschale erhalten. Die Zahlung von Aufwendersersatz nach § 670 BGB bleibt davon unberührt. Einzelheiten regelt die Geschäftsordnung des Vorstandes.
5. Zur Deckung außerplanmäßigen Finanzbedarfs über die gewöhnliche Geschäftstätigkeit hinaus kann die Mitgliederversammlung die Erhebung von Umlagen beschließen. Diese Umlagen können jährlich bis zu € 20,00 betragen“.

§ 10

Auflösung des Vereines


1. Der Verein kann nur durch Beschluss einer zu diesem Zwecke einberufenen Mitgliederversammlung aufgelöst werden. Diese Mitgliederversammlung ist nur dann beschlussfähig, wenn mindestens drei Viertel aller Mitglieder anwesend sind und $\frac{3}{4}$ der abgegebenen Stimmen für die Auflösung stimmen. Die anwesenden Mitglieder haben zur Abwicklung der Geschäfte drei Liquidatoren zu benennen.
2. Bei Auflösung des Vereins oder bei Wegfall steuerbegünstigender Zwecke fällt sein Vermögen an eine juristische Person des öffentlichen Rechts oder eine andere steuerbegünstigte Körperschaft zur unmittelbaren und ausschließlichen Verwendung für steuerbegünstigte Zwecke im Sinne der Förderung der Kleingartenwesens.
3. Beschlüsse über die künftige Verwendung des Vermögens dürfen erst nach Zustimmung des zuständigen Finanzamtes ausgeführt werden.


§ 11

Inkrafttreten

Die Satzung wurde auf der Mitgliederversammlung am 26.10.2003 beschlossen, durch die Mitgliederversammlung am 22.03.2009, 27.03.2011, 23.03.2014 und am 18.03.2018 geändert und wird mit dem Tag der Eintragung in das Vereinsregister wirksam...

Die Richtigkeit und Vollständigkeit der Satzung gem. § 71 Abs.1 S. 4 BGB wird versichert.


Gollnow-Jauernick
Vorsitzender


Hauptmann
Schriftführerin